

Nina Schärer
Buchenstrasse 104
8212 Neuhausen am Rheinfall
nina.schaerrer@gmx.ch

2026.05

Herr Einwohnerratspräsident
Roland Müller
c/o Gemeindekanzlei
Zentralstrasse 38
8212 Neuhausen am Rheinfall

9. September 2026

Postulat

Wie weiter mit der Neuhauser Moschee? Gefährdungspotenzial klären und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde ausschöpfen

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Dame und Herren Gemeinderäte

Der Gemeinderat wird eingeladen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden die Situation rund um den Islamischen Kulturverein Schaffhausen an der Zentralstrasse in Neuhausen am Rheinfall umfassend zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.

Antrag

- Der Gemeinderat analysiert das Gefährdungs- und Radikalisierungspotenzials im Umfeld des Islamischen Kulturvereins Schaffhausen und der von ihm betriebenen Moschee
- Der Gemeinderat zeigt die rechtlichen Möglichkeiten auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene auf, um gegen den Verein oder der Betrieb einer Moschee vorzugehen, sofern sich eine Verbindung zu terroristischen oder gewaltextremistischen Aktivitäten erhärtet.
- Der Gemeinderat informiert über konkrete nächste Schritte auf Gemeindeebene sowie darüber, welche nächsten Schritte er gegenüber den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden anregt.

Begründung

Der Islamische Kulturverein Schaffhausen und seine Moschee an der Zentralstrasse sind in den vergangenen Jahren wiederholt im Zusammenhang mit Personen in Erscheinung getreten, die dem islamistischen beziehungsweise terroristischen Umfeld zugerechnet werden.

Eine neue Dimension erhält die Angelegenheit durch die Anklage gegen zwei junge Männer aus Neuhausen, denen die kantonale Staatsanwaltschaft mehrfache Unterstützung des verbotenen Islamischen Staates vorwirft. Im Zentrum stehen geplante Sprengstoffanschläge auf christliche Kirchen. Die beiden sollen bereits als Jugendliche mit einer deutschen Terrorzelle in Verbindung gestanden haben. Auch bei ihnen bestehen gemäss Medienrecherchen Verbindungen zur Moschee des Islamischen Kulturvereins in Neuhausen.

Die Häufung der Fälle lässt nicht mehr zu, die einzelnen Vorkommnisse isoliert zu betrachten. Wenn innerhalb weniger Jahre wiederholt Personen mit Bezügen zum gleichen Umfeld wegen Unterstützung terroristischer Organisationen verurteilt, angeklagt oder von den Sicherheitsbehörden als Gefährder beurteilt werden, stellt sich die Frage, ob hier Strukturen bestehen, welche Radikalisierung begünstigen.

Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, ob von einem religiösen und sozialen Treffpunkt mitten in unserer Gemeinde ein relevantes Sicherheits- oder Radikalisierungs-risiko ausgeht, insbesondere wenn dort auch Jugendangebote stattfinden.

Der Gemeinderat soll deshalb gemeinsam mit den kantonalen und eidgenössischen Stellen eine fundierte Lagebeurteilung vornehmen und transparent darlegen, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen. Sollten sich die bestehenden Verdachtsmomente nicht erhärten, ist auch dies eine wichtige Erkenntnis. Sollten die zuständigen Sicherheitsbehörden hingegen zum Schluss gelangen, dass vom Verein ein relevantes Radikalisierungs- oder Sicherheitsrisiko ausgeht, müssen die rechtlich möglichen Massnahmen konsequent ausgeschöpft werden.

Bei einer ernsthaften Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darf der Staat nicht warten, bis aus Radikalisierung konkrete Gewalt wird.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Neuhausen am Rheinfl



Nina Schärer, Einwohnerrätin